

19. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Feber 1959

381/J

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Pfeiffer, Dr. Greider und Genossen
 an die Bundesregierung,
 betreffend die Lage in Südtirol.

-.-.-.-

Ungeachtet der Erklärung, die der Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten auf unsere letzte Anfrage im Gegenstande am 4. Februar v.J. abgegeben hat, wurde der bei der Südtiroler Kundgebung in Schloss Sigmundskron im November 1957 angenommenen Resolution nicht entsprochen und die Bemühungen der Bundesregierung, eine Erfüllung des Pariser Abkommens seinem Geist und Wortlaut nach zu erreichen, nicht entsprechend verstärkt. Insbesondere kam es auch entgegen der von der früheren Regierung Fanfani abgegebenen Zusage nicht einmal zu einer Behandlung der Südtiroler Frage auf Ministerebene.

Die Lage in Südtirol hat sich nun in letzter Zeit u.a. durch mehrmaligen Einspruch der italienischen Regierung gegen den für den Weiterbestand der Südtiroler Volksgruppe lebenswichtigen, vom Bozener Provinziallandtag beschlossenen Entwurf eines Volkswohnbaugesetzes derart verschärft, dass sich die politischen Vertreter der Südtiroler veranlasst gesehen haben, die Bundesregierung in Wien aufzusuchen, um mit dieser über die Möglichkeit geeigneter Schritte zu verhandeln. Die FPÖ erachtet mit Rücksicht darauf, dass nun wohl jede Aussicht auf einen Erfolg von Verhandlungen mit einer italienischen Regierung geschwunden ist, den Zeitpunkt für gekommen, das Problem Südtirol vor einem internationalen Forum zur Entscheidung zu bringen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung die

Anfrage:

Ist die Bundesregierung nach den Erfahrungen mit italienischen Regierungs-erklärungen nunmehr bereit, die Tatsache der Nichterfüllung des Pariser Abkommens durch Italien einer internationalen Instanz zur Entscheidung vorzulegen?

-.-.-.-